

Reform der Europäischen Zuckermarktordnung

Redebeitrag von Harald Wiedenhofer, Generalsekretär von EFFAT, auf der gemeinsamen Tagung von EFFAT, CEFS und CIBE mit der Kommissarin für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung Marianne Fischer-Boel am 28.6.2005 in Brüssel

Bei der Reform der europäischen Zuckermarktordnung geht es um viel ; es geht vor allem um Menschen, die sich um ihre Zukunft sorgen. Der jetzt von der Kommission vorgelegte Vorschlag ist nicht geeignet, den betroffenen Arbeitnehmern und Bauern ihre Sorge zu nehmen – im Gegenteil.

1. Bei der ganzen Diskussion geht es um unterschiedliche Zuckerpreise, aber nirgendwo wird die Frage gestellt, warum die Produktionskosten für Zucker in Ländern der dritten Welt niedriger als in Europa sind. Die Kosten sind dort gerade auch deshalb niedriger, weil die Zuckerproduzenten dort sehr viel geringere Sozial- und Umweltkosten haben und weil in diesen Ländern oft nicht einmal soziale und ökologische Mindeststandards eingehalten werden. Natürlich müssen wir als Europäer der Dritten Welt helfen. Aber wir können nicht mit Kinderarbeit konkurrieren. Wir erwarten nicht, dass dort die gleichen Löhne gezahlt werden. Aber wir erwarten von allen, auch den armen Ländern, dass sie wenigstens die Kernarbeitsnormen des Internationalen Arbeitsamtes einhalten, dass sie Gewerkschaften anerkennen, Tarifverträge abschliessen und Kinder in Schulen und nicht auf Plantagen schicken. Deshalb kommen wir - auch vor dem Hintergrund der ganzen SWAP Problematik - nicht darum herum, die Importe aus den armen Ländern in ein Mengenmanagement der neuen Zuckermarktordnung miteinzubeziehen.

2. Der Kommissionsvorschlag sieht die Einrichtung eines Restrukturierungsfonds vor. Aber wie soll er funktionieren? Die Kommission versäumt zu recht keine Gelegenheit auf die entscheidende Rolle der Sozialpartner bei Restrukturierungen hinzuweisen. Im jetzigen Vorschlag der Kommission findet sich dazu aber kein Wort. Warum nicht? Ausserdem fragen wir uns, was bleibt für die betroffenen Arbeitnehmer aus diesem Fonds?

3. Die bei weitem wichtigste Frage für uns ist allerdings, was passiert mit den von Betriebsschliessung betroffenen Arbeitnehmern: werden sie arbeitslos oder erhalten sie eine neue Beschäftigung? Die Arbeitnehmer brauchen nicht nur eine finanzielle Entschädigung und eine bessere Beschäftigungsfähigkeit, sie brauchen neue Arbeitsplätze. Dazu findet sich im Kommissionsvorschlag leider überhaupt nichts. Es gibt zwar die Möglichkeit von Äthanol , aber das ist viel zu vage und unverbindlich; zwar sieht der Vorschlag die Möglichkeit von regionalen Diversifizierungsmassnahmen vor, aber auch nur ab 2008 und nur, soweit noch Mittel im Fonds verfügbar sind. Auch eine politische Selbstverpflichtung der Kommission, Mittel aus den Regional- und Strukturfonds für die Restrukturierungen im Zusammenhang mit der Reform zur Verfügung zu stellen, vermissen wir. Was wir deshalb dringend brauchen, ist ein die Zuckerreform begleitendes Programm beschäftigungspolitischer Initiativen und Massnahmen. Wenn Arbeitnehmer ihr Arbeitsplätze aufgrund politischer Entscheidungen verlieren, dann haben auch die

Politiker eine Verantwortung, neue Beschäftigungsperspektiven für die Betroffenen zu eröffnen.

4. Sozialverträgliche Anpassungen brauchen nicht nur finanzielle Ressourcen sondern auch Zeit. Genau die ist im Vorschlag der Kommission nicht vorgesehen. Im Gegenteil : Das ganze Konzept der Kommission baut auf das Windhundverfahren und schafft Anreize, Fabriken so schnell wie möglich zu schliessen. Aus unserer Sicht droht durch das geplante Timing ein beschäftigungspolitischer Zunami. Wie da neue Beschäftigungsmöglichkeiten geschaffen werden sollen, bleibt das Geheimnis der Kommission.

5. Diese ganze von der Kommission vorgeschlagene Radikalkur kommt ohne Not; denn es liegen alternative Vorschläge vor gerade auch der betroffenen Länder der Dritten Welt, die mit den Forderungen des WHO Panels vereinbar sind. Warum müssen die Preise so schnell und so drastisch reduziert werden ? Das kann nur verheerende Auswirkungen für die Betroffenen haben. Warum z.B. nicht die Preise über mehrere Jahre auf dem alten Niveau halten und dann reduzieren? Dann haben wir mehr Zeit und auch mehr Ressourcen für die Umstellungen. Alle würden davon profitieren. Deshalb überzeugt mich die Begründung der Kommission in dieser Frage überhaupt nicht.

Wenn wir wirklich eine sozialverträgliche Lösung wollen, dann brauchen wir

- eine moderatere Preissenkung, die auch mehr Mittel für den Restrukturierungsfonds bringen könnte;
- Beschäftigungsalternativen und –projekte für die betroffenen Arbeitnehmer und
- längere Übergangsfristen, die uns erst die Chance geben, entsprechende Alternativen für die Beschäftigung in den betroffenen ländlichen Regionen zu schaffen.

Ein Vorschlag der ohne Not in Kauf nimmt, dass Tausende von Arbeitsplätzen verloren gehen, ohne neue anzubieten, ist weder verträglich noch nachhaltig. Deshalb haben wir die herzliche Bitte an die Kommission, mit uns, den Betroffenen gemeinsam eine Reform der Zuckermarktordnung zu entwickeln, die nicht nur den internationalen Erwartungen gerecht wird sondern auch ein Beispiel für eine sozialverträgliche Restrukturierung in der EU gibt. Wir sind dazu bereit. Wir hoffen sehr, die Kommission auch.